

Niederschrift des Bezirksausschusses Norf vom 27.02.2018

- 7 **Antrag der Mitglieder von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 15.02.2018**
betr.:
Missstände auf dem Kirmesplatz
(BNF 7-2018)

Beschluss

Aufgrund der unter „Diskussion“ aufgeführten Stellungnahme der Verwaltung erfolgte über den nachfolgenden ursprünglichen Antrag **keine Abstimmung**:

Der Norfer Kirmesplatz wird seit Monaten als Abstellfläche genutzt für AWL-Papiercontainer, Schutt, LKW-Aufleger, Sandberge und Sperrmüll.

Die Koalitionsfraktion von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragt hiermit einen Bericht der Verwaltung, wie die o.g. Missstände schnellstmöglich beseitigt werden können.

Diskussion

Einleitend erläutert Herr Klinkicht, dass der Schützenplatz seit Monaten als Abstellplatz für diverse Container, LKW-Aufleger und Sperrmüll diene. Hier müsse dringend Abhilfe geschaffen werden.

Frau Steffens erläutert, dass die AWL Altpapiercontainer gegen neue Container ausgetauscht habe. Bis zur kurzfristigen Abholung der alten Container durch die EGN werde der Kirmesplatz als Zwischenlager genutzt.

Die anderen Container und Gerätschaften seien von einer Firma, die in Norf derzeit ein Großprojekt durchführe, ohne Genehmigung der Stadtverwaltung als Eigentümer dort abgestellt worden. Die Firma bemühe sich nun, in Abstimmung mit der Verwaltung, Alternativstandorte zu finden.

Frau Beyen ergänzt, dass die Container zunächst in Derikum im Straßenbereich abgestellt worden waren. Aufgrund von Bürgerbeschwerden habe die Firma dann nach Ausweichstandorten gesucht und auf den Schützenplatz zurückgegriffen.

Sofern die Container ordnungswidrig auf dem Platz abgestellt worden sind, bittet Herr Becker die Verwaltung, diesen Zustand nicht weiterhin zu dulden und daher Druck auf den Unternehmer auszuüben, um dies abzustellen. Es bestehe schließlich die Möglichkeit, private Flächen als Stellplätze anzumieten.

Herr Hildebrandt pflichtet dem bei.

Abschließend verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, dass der ursprüngliche Antrag keiner Abstimmung bedarf, da die Verwaltung zusichert, Abhilfe zu schaffen.